



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 511

**Einwohnerratssitzung vom Montag, 12. Dezember 2022, 19.00 Uhr
in der alten Dorfturnhalle**

Anwesend	36/37 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Emil Job, Didier Pfirter, Bernhard Zwahlen, Rebecca Moldovanyi ab 19.45 Uhr	
Vorsitz	Jasmine Bosshard	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

- | | | |
|----|--|------|
| 1. | Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 (AFP) | 3356 |
| 2. | Planungspostulat, parteilos, Paul Dalcher, Optimierung des Gebietes Pratteln Nord durch Verlegung der Kläranlage ARA aus dem Gemeindegebiet sowie durch Mutierung bisher Zone OeWA in neu Zone für Industrie | 3358 |
| 3. | Zwischenbericht EK-Überprüfung der Legislaturziele 2021- 2024 | 3362 |
| 4. | Fragestunde | |

Begrüssung

Jasmine Bosshard: Guten Abend miteinander. Ich begrüsse alle zur 511. Einwohnerratssitzung. Der Auftakt zur heutigen Sitzung macht die KMS mit einem Ständchen. Doch vorher kommen wir zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen.

Jasmine Bosshard: Herzlichen Dank für die Darbietung, es gibt noch ein kleines Geschenk. Es ist immer wieder schön, wenn Mitglieder der Musikschule in der Adventszeit uns besuchen und dem Ratsbetrieb eine kleine musikalische Unterbrechung bietet. Danke vielmals, dass ihr vorbeigekommen seid und noch eine schöne Adventszeit.

Mitteilungen der Einwohnerratspräsidentin

Jasmine Bosshard: Ich bitte euch, eure Voten heute noch ein bisschen mehr mit Bedacht zu wählen und vielleicht auch einmal ein bisschen eine kürzere Ausführung zu wählen. Es wartet heute Abend ein Nachtessen auf uns und in Anbetracht der Traktandenliste wäre es schön, wenn man dies nicht erst um zwölf Uhr einnehmen würden.

Mitteilungen des Gemeinderates

- Keine Mitteilungen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation, SP, Kurt Lanz, Rauricastrasse
- Interpellation, SVP, Séline Gutknecht, Zeitgemässe Einführung und Ausbildung «First Responder»

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

-

1. Nr. 3356

Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 (AFP)

Auf dem Referentenplatz nehmen Gery Stadler, Präsident RPK, und Philippe Doppler, AL Finanzen, platz.

GR Christine Gogel: Wir blicken auf den anspruchsvollen Budgetprozess zurück. Darum möchte ich allen Beteiligten und der RPK in diesem Jahr ganz besonders für ihre Arbeit danken.

Die Lage ist seit zwei Jahren noch schwieriger zu planen als vorher. Zuerst haben wir befürchtet, Corona wird ganz fest einschlagen, das ist dann ganz lange nicht passiert und bis jetzt auch noch in einem vertretbaren Rahmen. Dann ist der Ukraine-Krieg ausgebrochen. Mit dem hat niemand gerechnet und hat jetzt eine viel grössere Tragweite auf unsere Finanzen, als wir annehmen konnten. Die Ausgangslage im Moment ist also äusserst schwierig. Da die Zukunft nicht einschätzbar ist, können wir auch schnell wieder aus dem budgetierten Defizit draussen sein. Der Rückgang der Steuererträge, als ausschlaggebender Punkt für den erheblichen Aufwandüberschuss, ist vor allem auf die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage zurückzuführen und sollte in diesem Umfang nicht als langfristig erwartet werden. Eine kurzfristige negative Phase kann durch die solide Lage der Gemeinde aufgefangen werden.

Wir haben ein freies Eigenkapital von CHF 17 Millionen. In der Vergangenheit haben wir mit Bedacht und umsichtig gewirtschaftet, das heisst, wir können jetzt auf unsere Reserven greifen und ein Jahr mit einem negativen Saldo wegstecken. Ich möchte hier aber klar zum Ausdruck bringen: Es ist nicht mein Ziel, den Topf zwei oder drei Jahre anzuzapfen, zumal die Überschüsse in der Regel schneller schwinden, als dass sie drin sind. Nein, im Gegenteil, wir müssen Gegensteuer geben und die Situation so schnell wie möglich verbessern. Mit zunehmender Verschuldung und stagnierenden Einnahmen auf tieferem Niveau als gewohnt besteht Handlungsbedarf. Darum möchte der Gemeinderat eine Aufgabenüberprüfung angehen. Die Stadt Liestal setzt eine Überprüfung erfolgreich um. Wir haben uns mit ihnen getroffen und

beraten lassen. Sie sind sehr zufrieden mit dem Prozess. Der Gemeinderat plant unseren Projektstart im ersten Halbjahr 2023.

Durch die tieferen Steuereinnahmen haben wir einen starken Druck auf die beeinflussbaren Aufwände. Das vorliegende Budget lässt sich aber im Aufwand kaum mehr reduzieren. Der Preisanstieg von Strom und Heizmaterial ist bei der Budgetierung berücksichtigt. Nur mit einer mittelfristigen Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen, kann das Vermögen auf einem gesunden Niveau gehalten werden. Ich möchte euch jetzt mittels Folienpräsentation einen Einblick in zwei Themen geben. Auf der ersten Folie geht es um die Fremdverschuldung: Die abgebildeten blauen Balken sind Darlehen und die roten Balken sind unsere flüssigen Mittel. Links unten haben sie die Jahreszahl 2014. Das geht rüber bis November 2022 und ist eine Momentaufnahme. In den Jahren 2014/15/16 haben sich die zwei Balken fast egalisiert, sind fast gleich gross. Dann geht er auseinander. Im 2019 mussten wir ein Darlehen aufnehmen. Wir brauchten Liquidität, um die Rechnungen der Schulhäuser Burggarten und Schloss zahlen zu können. Dann im 2020 konnten wir Darlehen zurückzahlen, weil die Erträge sehr gut ausgesehen haben. Auch im 2021 haben wir nochmals ein bisschen zurückzahlen können. Allerdings ist dann die Liquidität so stark zurückgegangen, dass wir anfangs 2022 bereits schon das erste Darlehen aufnehmen mussten. Im Verlauf von diesem Jahr haben wir insgesamt drei Darlehen aufgenommen und sie sehen, es ist eine Verdoppelung im 2022 basierend auf der Darlehenssumme.

Gleichzeitig hat sich leider die Liquidität nicht sehr gut erholt. Ihr seht, im November 2022 sind wir etwa bei CHF 8 Millionen und das nach den Steuerzahlungen. Das ist natürlich überhaupt nicht erfreulich, weil jetzt im Jahr eigentlich der Moment ist, wo die Kasse gefüllt sein sollte. Also, voller kann es fast nicht mehr werden. Die Zahlungen sind erfolgt und was jetzt noch nicht drin ist, kommt schon noch hinein, aber natürlich nicht mehr in dem grossen Umfang.

Im 2022 kamen sehr viele Bauabrechnungen, welche an die Liquidität gingen und darum haben wir entsprechende Darlehen aufnehmen müssen. Kapital aufnehmen bedeutet im Moment auch, wieder Zinsen dafür zu zahlen. Es ist nicht mehr zum Nulltarif zu haben oder sogar Negativzinsen. Wir zahlen Zinsen dafür, welche natürlich die Aufwandseite im Budget belasten werden. Bei der nächsten Folie geht es um den Teuerungsausgleich und zwar geht es um die kumulierte Jahresteuern. Es fängt unten links an mit dem Jahr 2017 und geht bis 2023 unten rechts. Auf der Skala links seht ihr in 0,5 Schritten die Teuerungs-Prozente. Wir sehen die blaue Linie, das ist die durchschnittliche Jahresteuern. Im 2017 war sie gerade etwa bei 0,5%. Dort fängt der Balken bei 0 an und steigt dann und geht im 2021 ein bisschen runter. Ganz oben bei 2023 habt ihr die kumulierte Teuerung. Sie war im November bei 3%, aber kumuliert auf fünf Jahre ist sie jetzt bei 5%.

Das gleiche wurde mit dem Zuschlag Verwaltungspersonal gemacht. Im 2017 ist nichts passiert. Im 2018 hat man für das Budget 2019 1% und im Budget 2020 0,5% eingestellt. Dann ging zwei Jahre nichts und jetzt haben wir wiederum für das Budget 2023 2% eingestellt. Die kumulierte Teuerung für das Verwaltungspersonal seit 2017 ist jetzt bei 3,5%. Die violette Linie ist der Zuschlag Lehrpersonal. Die Primarlehrer müssen wir ja übernehmen und die Löhne zahlen, das haben wir im Lohnaufwand. 2018 hat der Landrat für das Lehrpersonal etwa 1,4% eingestellt, dann auf 2020 auch nochmals ein bisschen und letztes Jahr nichts und dann fürs 2022 wurden die rechnerischen 0,05% eingestellt. Darum geht es dort ganz leicht nach oben. Die Teuerung für das Verwaltungspersonal wurde vor einem Jahr ja nicht gesprochen. Jetzt hat der Landrat gerade letzte Woche beschlossen, dass sie 2,5% gewähren, das heisst, die Verwaltung ist kumuliert bei 4,5%.

Die letzte Teuerung haben wir also hier drin für die Verwaltung im 2019 weitergegeben. Wir wollten euch aufzeigen, wie sich die Teuerung effektiv ausgewirkt hat. Zur Teuerung und dem Antrag von der RPK nehme ich aber an passender Stelle während der Lesung Stellung. Wir haben mit unserer soliden Ausgangslage Spielraum, um auf die diesjährige Situation zu reagieren und sie auch abzufedern. Darum bitte ich euch, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen und den Aufgaben- und Finanzplan 2023 zu genehmigen.

Gerold Stadler: Als RPK-Präsident möchte ich im Namen der RPK zuerst einmal ganz herzlich der Gemeinde, der Verwaltung und dem Gemeinderat danken für die Ausarbeitung des Aufgaben- und Finanzplans (AFP). Wir haben ihn geprüft und sind zufrieden. Natürlich sind wir nicht zufrieden mit dem Budget, aber das liegt nicht in den Händen des Gemeinderats. Wir haben keine weitere Kürzungen gefordert, weil wir gesehen haben, dass ganz viele Kürzungen

stattgefunden haben und wir es nicht als sinnvoll erachten, wenn noch weitere Kürzungen gemacht würden. Wir begrüssen die Leistungsüberprüfung, welche durch den Gemeinderat initiiert wird, dass wir wirklich genau hinschauen, wo es noch Potenzial zum Sparen gibt. Das ist sicher richtig, wenn wir das diesjährige Budget anschauen. Wir werden in eineinhalb Jahren sehen, wenn die Rechnung für das 2023 da ist, wie gut das budgetiert wurde und wie sich die Finanzlage entwickelt oder eben auch nicht. Das ist wie immer ein bisschen ein Blick in die Glaskugel. Wir hoffen, dass es besser wird, als budgetiert. Von unserem Bericht möchte ich Punkt drei hervorheben: Wir haben hier Prüfungsgebiete der RPK AFP. Das ist etwas, was alljährlich wieder kommt.

Es ist halt nach wie vor so, dass es aus unserer Sicht im AFP unter Plan, das wären eigentlich die Massnahmen, welche getroffen werden, um die Punkte im Ziel zu erreichen, dass es dort halt immer noch Ziele drin hat und nicht Massnahmen. Ich mache ein Beispiel: Im Aufgabenfeld 13 Kindes- und Erwachsenenschutz haben wir unter Plan «Beanstandete Zwischen- und Schlussberichte tiefer als 5%». Das ist ein Ziel, keine Massnahme. Wie will der Gemeinderat das erreichen? Wie will er das Ziel erreichen, dass es weniger als 5% beanstandete Berichte hat? Seit Jahren sagen wir, wir hätten gerne klar messbare Ziele, aber auch Massnahmen, welche zum Ziel führen. Ich glaube, da muss der Gemeinderat wirklich nochmals über die Bücher gehen. Wir sprechen das Geld und wollen sehen, wie er das Geld einsetzt, um die Ziele zu erreichen, die er sich gesetzt hat.

Zu den Spezialfinanzierungen gibt es nicht viel zu sagen. Bei der Abfallbewirtschaftung hat sich herausgestellt, dass das nicht ins Lot kommt mit den aktuellen Gebühren, welche wir letztes Jahr erhöht haben. Auch da wird der Gemeinderat eine Abklärung machen, wie das genau budgetiert werden muss, damit am Schluss die Kasse im Lot bleibt. Zum Investitionsprogramm: Das ist riesig, das ist logisch mit dem Gemeindezentrum. Als grosser Posten mit den Sanierungen von diversen Schulhäusern. Auch die Passerelle SBB und Unterführung Fröschmatt brauchen Geld. Bis ins 2027 sind das CHF 108 Millionen. Die Finanzplanung erachten wir als plausibel, die Zahlen sind realistisch. Zur Steuerentwicklung hat GR Christine Gogel schon gesprochen. Dann noch zu unseren Anträgen. Punkt fünf: Der erste Antrag geht in die gleiche Richtung. Wir als RPK wollen, dass der Punkt hineinkommt. Wir wissen, dass das eigentlich schon im Reglement genannt ist, aber es ist unser Anliegen, dass das dort auch wieder reinkommt, damit sich der Gemeinderat bewusst ist, was die Aufgabe bei der Erstellung vom AFP ist. Wir wollen messbare Ziele, welche wir überprüfen können, ob sie erreicht wurden oder nicht. Eine Mehrheit der RPK unterstützt den Gemeinderat bei der Forderung nach dem Teuerungsausgleich von 2%. Die restlichen Anträge unterstützen wir auch gemäss Antrag des Gemeinderats. Ich danke auch meinen RPK-Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Jasmine Bosshard: Falls niemand gegen das Eintreten sprechen möchte, kämen wir somit zur Direktberatung.

Dieter Stohler: Ich bin nicht gegen das Eintreten, aber allgemeine Bemerkungen will ich schon machen. Ich melde mich dafür nicht mehr bei jedem einzelnen Aufgabenfeld.

Letztes Jahr hat der Gemeinderat die Finanzpläne für das Jahr 2023 präsentiert mit tiefroten Zahlen. Ich habe damals interveniert und wurde damit abgespiesen, dass man Zitat Gemeinderat «es noch jedes Jahr geschafft hat, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen». Jetzt stelle ich fest, dass wir einfach ein Jahr später dran sind und die Situation sich nicht verbessert hat, im Gegenteil, sie hat sich verschlechtert. Das Eigenkapital wird weiterhin innert fünf Jahren auf mindestens die Hälfte heruntergefahren. Was wir in den letzten Jahren sorgsam aufgebaut haben, wird in kurzer Zeit weg konsumiert. Der RPK scheint das egal zu sein, praktisch kein Wort dazu in ihrem Bericht, genau wie letztes Jahr. Dabei gilt es erneut und mit Nachdruck den Gemeinderat an seine Verantwortung zu erinnern. Er schreibt immerhin das Entscheidende selber in den AFP. Ich zitiere aus dem AFP ganz vorne, der finanzielle Gesamtüberblick, das Wichtige für mich und nicht die Zahlendetails. *«Dem AFP kommt deshalb auch die Rolle eines Frühwarn-Systems zu. Die Finanzplanung liefert Anhaltspunkte, um negative Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, zu verhindern und die nötigen Massnahmen zur Wiederherstellung eines ausgeglichenen Haushalts einzuleiten.»* Das hat er letztes Jahr schon geschrieben. Der Gemeinderat schreibt noch mehr: *«Die Notwendigkeit von Angeboten und Dienstleistungen sowie die Umsetzung von Begehrlichkeiten muss jedoch aufgrund der aktuellen Situation für*

die Zukunft angepasst werden.» Der Gemeinderat schreibt nicht überprüft, er schreibt angepasst. «Nur mit der mittelfristigen Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen, kann das Vermögen auf einem gesunden Niveau gehalten werden.» Der Gemeinderat schreibt weiter auf Seite 15: «Nur mittels Fokussierung auf das notwendigste kann die finanzielle Belastung reduziert werden. Der Gemeinderat wird in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die finanzielle Situation prüfen und notwendige Massnahmen einleiten, sodass zukünftig gemäss Legislaturziel wieder ein ausgeglichenes Budget unter gleichbleibendem Steuerfuss vorgelegt werden kann.» Das dünkt mich doch bemerkenswert. Ich kann dem Gemeinderat eigentlich nur gratulieren zu diesen Zielen und will ihn auch beim Wort nehmen. Ich bin mir aber je länger nicht unbedingt sicher, ob dass der Gemeinderat wirklich ernst meint oder ob das nur Lippenbekenntnisse sind.

Mir ist immer noch im Ohr, wie der Gemeinderat im Juni 2022, und das war notabene vor sechs Monaten, da hatte der Ukraine-Krieg schon lange angefangen und wir hatten die Energiekrise schon und die Zinsen waren schon massiv gestiegen, zum Neubau der Bibliothek hat verlauten lassen: Pratteln kann sich den Neubau leisten. Jeder darf jetzt zu dieser Aussage denken, was er will. Ich kann einfach nur hoffen, dass die neuen Erklärungen des Gemeinderats nicht wiederum leere Worte sind. Spätestens jetzt haben wir mit dem Ausfall von einigen guten Firmensteuerzahlern, wie man hat lesen können, eine andere Situation. Jetzt müssen wir reagieren. Die Fraktion FDP-Die Mitte ist weiterhin nicht bereit, zusätzliche Ausgaben zu beschliessen. Pratteln lebt über seine Verhältnisse und es gilt jetzt, die Schraube anzuziehen. Wir stehen zum Globalbudget und nehmen den Gemeinderat in die Verantwortung. Darum kommen wir jetzt mit gar keinen Einzelanträgen, wo man noch CHF 1'000 sparen kann. Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, dass es jetzt eine Gesamtschau braucht, vielleicht eine politische Grundsatzdebatte über Priorisierungen, Zu- und Abpriorisierungen von Dienstleistungen und Angeboten. «Gegensteuer geben» hat Gemeinderätin Christine Gogel vorher gesagt, «sich nach der Decke strecken» sind meine Worte.

Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderats noch einmal zu und geben ihm eine Chance, nächstes Jahr ein besseres Budget vorzulegen. Wir stimmen auch dem Teuerungsausgleich zu. Das Personal kann nichts für die desolate Finanzsituation. Wir finden 2% ist vertretbar oder gerade noch angemessen, aber unsere Fraktion wird jegliche Erhöhungsanträge natürlich ablehnen.

Rahel Graf: Wir von der SP-Fraktion möchten uns zuerst ganz herzlich bedanken bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die grosse Arbeit, die geleistet worden ist. Insbesondere GR Christine Gogel für ihre Ausführungen.

Das vergangene Jahr ist finanztechnisch wahrlich nicht einfach gewesen, das haben wir alle mitbekommen mit den verschiedenen Ereignissen. Corona-Nachwirkungen, der Ukraine-Krieg, welcher sich niemand hätte vorstellen können vor einem Jahr. Die riesige weltweite Krise hat dazu beigetragen, dass es nicht einfach ist einzuschätzen, was im nächsten Jahr passieren wird. Die weltpolitische Situation wird uns weiterhin beschäftigen und ist nicht so schnell weg. Daher plädieren wir, dass man jetzt mit Besonnenheit die ganze Geschichte angeht. Es gibt für das Gemeindezentrum Rückstellungen. Es ist also nicht so, dass wir das von irgendwo herzaubern müssen, sondern das ist von langer Hand geplant und wird uns nicht in eine riesige Krise werfen. Die Schraube wurde im Budget angezogen. Es sind sehr viele Sachen gestrichen/aufgeschoben worden, welche eigentlich geplant waren. Wir wissen nicht, wann sie dann ausgeführt werden können. Besonnenheit ist wichtig und dass dem Rechnung getragen wird. Vergessen wir nicht: Hinter diesen Zahlen stehen auch immer Menschen und es sind Menschen, welche die Teuerung aushalten und tragen müssen, jeden Tag Einkäufe machen und Krankenkasse zahlen. Wir haben eine gewisse Verantwortung auch dafür, dass die Menschen das machen können, weiterhin entsprechend leben können und nicht eine Lohneinbusse haben, wenn wir eben nicht einen entsprechenden Teuerungsausgleich gewähren. Klar kann man sagen, dass es in der Schweiz nicht so dramatisch ist, wie in den Nachbarländern. Das stimmt, aber auch bei uns ist die Teuerung da. Die Teuerung ist auch deutlich höher, als sie häufig kolportiert wird, weil z. B. die Krankenkassen im Warenkorb normalerweise eben nicht berücksichtigt sind. Vergessen wir das bei den Diskussionen nicht. Wir möchten auch der RPK danken für den ausführlichen Bericht und für die geleistete Arbeit.

Petra Ramseier: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen bedankt sich bei allen Beteiligten für die Arbeit, für das Budget und für den RPK-Bericht.

Wir folgen den Erklärungen der RPK. Wir sehen das budgetierte Defizit und bedauern die Kürzungen in einigen von diesen Aufgabenfeldern sehr. Wir sehen aber auch, dass es noch sehr viele Unbekannte in dieser Gleichung hat, wo wir nicht wissen, ob es einmalige Schwankungen wie die letzten Jahre sind oder etwas Strukturelles ist. Wir unterstützen darum sehr, die geplante Leistungsüberprüfung. Wir möchten einfach auch noch den Gemeinderat und die Verwaltung darauf hinweisen/mitgeben, dass man in dieser Überprüfung auch wirklich Legislaturziele berücksichtigt und nicht nur das Legilegislaturziel 1 «ausgeglichenes Budget», sondern eben auch die Leistungen, die wir eigentlich anstreben wollen in den anderen Feldern und diese so weit wie möglich auch tatsächlich «mitnimmt».

GR Christine Gogel: Ja, liebe RPK, auch der Gemeinderat arbeitet an diesen Zielen und Plänen. Wir kämpfen jedes Jahr und arbeiten intensiv daran. Gery Stadler hat recht mit dem AF 14. Ich habe es gesucht und gefunden. Es stimmt, es ist ärgerlich und steht noch dort, das ist nicht ein Plan sondern ein Ziel. Wir hatten eigentlich das Gefühl alles ausgemerzt zu haben, aber es kommt immer wieder etwas hervor. Wie gehen wir vor beim Gemeinderat, das ist vielleicht nicht allen ganz klar mit dem ganzen Prozess. Die Legislaturziele sind für vier Jahre in Stein gemeißelt. Aus diesen werden in den Departementen die Aufgabenfelder gefüllt und daraus ergibt sich ein Ziel und Plan. Man legt es auf eine Zeitschiene und schaut, wo man Ressourcen hat. Man macht nicht alles gleich ins erste Jahr, man schaut, was man vielleicht im zweiten und dritten angehen kann. So ist das eigentlich rollend im AFP. Die Ziele stehen dann also einmal drin und jedes Jahr im Sommer geht jedes Departement dahinter, der Abteilungsleiter mit dem Departementschef, und schaut, was erfüllt ist oder nicht. Wenn es erfüllt ist, dann streicht der Gemeinderat das durch, das heisst es fällt hinaus, weil wir es leben oder erledigt ist. Damit ihr das nachvollziehen könnt, haben wir es in der Synopse dann jeweils Gelb markiert und Schwarz durchgestrichen = erledigt. Oder es wird so gelebt, dann kommt es raus, man muss es nicht noch zehn Jahre mitschleppen. Das ist passiert beim AF 01: Einwohnerrat und Gemeinderat **nutzen** die neuen Instrumente Perspektiven, Legislaturziele, Aufgaben- und Finanzplan und Geschäftsbericht zur politischen Steuerung als Ziel. Der Plan dazu war «genutzte politische Instrumente». Nach sechs Jahre hatten wir das Gefühl, dass wir sie nutzen, dass es eingeführt ist. Es ist nicht mehr neu, wir leben es, wir schaffen damit, wir streichen das. Es ist ja eben auch im Verwaltungs- und Organisationsreglement festgehalten, dass wir die Überprüfung jedes Jahr im Gemeinderat vornehmen müssen. Wir widerspiegeln das und legen Rechenschaft im Geschäftsbericht dazu ab. Dann in der Mitte und am Ende der Legislatur wird es sogar noch mit der Entwicklungskommission zusammen angeschaut. Es ist alles festgehalten, darum muss es da nicht mehr in ein Ziel hinein und Plan im AF 01. Die RPK ist hier anderer Meinung. Wir haben es gesehen in ihrem Bericht beim Antrag. Sie wollen, dass es in abgeändertem «Wording» wieder reinkommt. «Ziele und Pläne sollen messbar formuliert sein.» Logisch, das ist eben das, was wir möchten. Wir machen ein Ziel und ein Plan rein, berichten dann darüber, wie er ausgeführt wurde. «Die Legislaturziele werden jährlich beurteilt», das steht an einem anderen Ort schon und wir haben nicht das Gefühl, dass man alles zwei- und dreifach festhalten muss. Es ist jeder Passus am richtigen und entsprechenden Ort. Darum möchte der Gemeinderat beliebt machen, dass man es so stehen lässt wie wir es vor-gesehen haben, respektive dass man es jetzt eben herausstreicht, weil wir es alle jetzt verstanden haben, wie es funktioniert. Es ist nicht neu und wir leben es so.

Gerold Stadler: Ich glaube schon, dass der Gemeinderat mit diesen Instrumenten gelernt hat zu arbeiten. Es ist aber noch nicht so, wie wir es gerne hätten. Diese Ziele sind wirklich nicht mehr neu, darum wurden sie gestrichen. Es wäre falsch, wenn wir jetzt nach sechs Jahren immer noch schreiben die «neuen» Instrumente. Aber ich glaube, sie werden noch nicht zu 100% so genutzt und gelebt, wie wir es gerne hätten. Ich verstehe das auch ein bisschen als Präambel. Es steht im ersten AF und soll den Gemeinderat auch wirklich daran mahnen, das zu machen. Ich weiss, es steht auch an anderen Stellen und wir sind nicht der Meinung, dass der Bericht nicht genug gut ist. Es hat immer wieder einmal eine Ursache, welche man verbessern kann und damit das einfach festgehalten ist. Das ist ein ganz wichtiger Wunsch von uns Einwohnerräten, weil wir euch genau dort messen können. Ich bitte euch, den Antrag so anzunehmen.

Dieter Stohler: Also hier bin ich jetzt wirklich einmal vollumfänglich auf der Seite des Gemeinderats. Ich möchte die RPK fragen, wie sie ihr Ziel, die Instrumente zu nutzen, dann selber messen will. Wenn man dann weiter liest beim Vorschlag: «Die konkretisierten Pläne sollen messbar formuliert sein und jährlich beurteilt werden.» Wir haben vierjährige Legislaturziele und dann wird jährlich neu beurteilt und schriftlich das Ergebnis dem Einwohnerrat mitgeteilt.... Das muss man sich mal vorstellen: Es hat nicht einfach alle Ziele, bei welchen buchhalterisch eins und eins zusammengezählt werden kann und geschaut wird, ob es zwei gibt. Es gibt auch qualitative Ziele. Bei diesen müssen sie jedes Mal eine Kundenumfrage machen und abchecken, haben wir das Ziel erreicht. Und das dann jedes Jahr, auch bei etwas, das über längere Zeit dauert. Also einfach nicht realistisch. Bitte lehnt das ab.

Patrick Weisskopf: Ich möchte den Rat bitten, dass wir das drinlassen und zwar aus folgendem Grund: Wir kommen jetzt von einer Schönwetterperiode in stürmisches Wasser hinein. Wir werden mit massiven Kürzungen rechnen müssen. Das Budget geht hinunter und die Kürzungen werden hart. Wenn wir CHF 4 Millionen sparen wollen, geht das nicht um das Personal herum. Darum ist es extrem wichtig, dass der Gemeinderat Auskunft geben kann, was er plant, wie man Prioritäten setzt und ob man es erreicht hat. In einer Schönwetterperiode kann man die Sache schleifen lassen. Wir vom Einwohnerrat haben das mit dem Globalbudget zur Hand ausgegeben, als wir die normalen Budget umgestellt haben. Wir haben dem Gemeinderat sehr viele Freiheiten gegeben und das ist jetzt die Kontrolle, welche wir dafür haben wollen. Die Berichte sollen regelmässig und sofort kommen. Jetzt bekommen wir den Bericht im Prinzip nach dem AFP und eigentlich wäre es schön gewesen, diesen ein bisschen vorher zu haben. Im AFP sehen wir nur die Highlights. Für das haben wir die Entwicklungskommission, weil sie ins Detail gehen soll. Sie sollte eine Stufe tiefer sehen können und darum braucht es die Nutzung von diesen politischen Instrumenten.

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

Abstimmung zum Antrag der RPK

Die RPK beantragt dem Einwohnerrat im AF 1 folgende Formulierung aufzuführen:

Ziele: « Der Gemeinderat nutzt die Instrumente Legislaturziele, AFP und Geschäftsbericht zur politischen Steuerung.»

Unter Plan soll folgende Formulierung stehen: « Die von den Legislaturzielen abgeleiteten und mit den Massnahmen konkretisierten Ziele und Pläne sollen messbar formuliert sein. Die Legislaturzielerreichung wird jährlich beurteilt und deren Ergebnis dem Einwohnerrat mit dem Jahresbericht schriftlich mitgeteilt.»

://: Der Antrag wird mit 27 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen angenommen.

Lesung

02 Allgemeine Verwaltung

03 Polizei

04 Feuer- und Bevölkerungsschutz

05 Schulen

Keine Wortmeldungen

06 Familienergänzende Angebote

Billie Grether: Wir haben ganz viel gehört, was alles gegangen ist in der Welt und dass Kürzungen und Sparmassnahmen wichtig sind. Ich bin nicht dagegen. Wir haben wahrgenommen, dass genau in diesem Punkt «familienergänzende Angebote» massiv gespart wird. Sparen ist gut, aber die Frage ist ja immer, wo spart man und wie spart man. Wir haben von einem Frühwarnsystem gehört und ich hoffe, dass dieser Schuss nicht nach hinten losgeht. Die Tagesstrukturen werden immer gefragter und tragen dazu bei, dass Pratteln attraktiver Wohnraum ist und bleibt. Wenn man dort spart, kann es sein, dass wir in ein paar Jahren wirklich Kostenexplosionen haben, wenn man z. B. merkt, dass die Anfrage grösser ist als erwartet und man teuren Wohnraum dazumieten muss. Wir behalten das im Auge und ich bitte den Gemeinderat, die Sache wirklich immer wieder sorgfältig zu überprüfen.

Fortsetzung der Lesung

07 Kultur-, Sport und Freizeit

08 MMN

09 Gesundheit und Alter

10 Gesetzliche Sozialhilfe und Arbeitsintegration

11 Soziale Unterstützung

12 Asylwesen

13 Kindes- und Erwachsenenschutz

Keine Wortmeldungen

14 Verkehr- und öffentliche Anlagen

Paul Dalcher: Ich rede hier insbesondere zu dieser Fussgänger Langsamverkehrsachse Süd/Norden. Auf Seite 48 steht im Plan unten rechts: «Ausbau der Unterführung Fröschmatt» und zugleich eine neue «Coop-Passerelle». Also zwei relativ gewichtige Projekte will man ins Auge fassen und möglichst bald realisieren. Schön der Reihe nach: Im Oktober 2018 hat die FDP-Fraktion ein Postulat eingereicht, wo eben die Achse Gottesackerstrasse/Münchackerstrasse unten durch für den Langsamverkehr ins Auge gefasst werden sollte. Wir haben dann im November 2019 bereits einen Zwischenbericht vom Gemeinderat bekommen. Er hat das Postulat respektive das Begehren als gut befunden, weil es eben unter beiden Linien, Bözberg wie auch unter der Oltner-Linie, durchführen würde. Das ist eine bestechende Idee. Die SBB hat für die Passerelle keine Verwendung mehr und der Nutzen ist gleich Null. Sie wollen diese am liebsten abbrechen. Das war der Wortlaut der SBB. Dann kam aber der Denkmalschutz auf den Plan und hat gesagt, diese schöne rostige Passerelle mit dem einmaligen Knick muss man unbedingt erhalten. Jetzt lesen wir im AFP, dass man die Passerelle abbrechen und ersetzen will und die Fröschi-Unterführung jetzt doch ausbauen. Alles in allem mit einem Betrag von CHF 8 Millionen zulasten der Gemeinde. Wenn man den Anteil der SBB auch noch berücksichtigt sind es sogar CHF 12 Millionen. CHF 8 Millionen einfach für die zwei Überquerungen/Unterquerungen der Bahn. Wie tauglich das ist, kann ich nicht sagen. Vor einem Jahr stand im AFP 2022 - 2026 nur die Fröschiunterführung will der Gemeinderat machen und die Passerelle abreißen lassen. Das ist doch einigermaßen eine kuriose Kehrtwende und braucht noch eine glaubhafte Erklärung von Seiten des Gemeinderats.

Billie Grether: Im Handout, welches wir bekommen haben, steht bei der Fröschiunterführung die Jahreszahl 2024. Im Online-Formular steht, die Fröschiunterführung wird 2026 umgesetzt. Das Volksbegehren wird eigentlich seit sieben Jahren mit Händen und Füßen getreten. Jetzt will man es nochmals zwei Jahre hinauszögern. Ich verstehe das nicht mehr. Ich möchte den Antrag stellen, die Fröschiunterführung bei 2024 zu belassen.

GR Urs Hess: Wir sind schon seit Jahren mit der SBB dran. Für uns nicht erklärbar, fasst die SBB die Coop-Passerelle und die Frörschiunterführung als ein Objekt zusammen. Wir haben uns damit auseinandergesetzt. Die Coop-Passerelle muss als erstes ersetzt werden, diese muss im 2024 abgebrochen werden, weil sie von der Statik her nicht mehr funktioniert. Wenn man die ganzen zeitlichen Abläufe anschaut: Für eine Überführung ist die SBB der Bewilligungsgeber und gibt sich dafür ein Jahr Zeit. Wenn wir jetzt die Passerelle ersetzen wollen, dann müssen wir das jetzt anmelden. Die Gleise müssen gesperrt werden, damit die Passerelle «hineingehoben» werden kann. Die SBB gibt sich dort einen Vorlauf von zwei Jahren. Das heisst, wenn wir jetzt möglichst schnell mit diesem Passerellenersatz kommen, dann können wir diese jetzt abbrechen und die neue aufstellen. Anschliessend packen wir die Unterführung an. Es ist nicht so, dass wir die Unterführung nicht wollen. Die SBB möchte die Frörschiunterführung am liebsten schliessen. Wenn sie das machen, dann haben wir mehr als einen Volksaufstand. Der Gemeinderat ist ganz klar der Auffassung, dass man die Frörschiunterführung behalten will und die entsprechenden Aufgänge neu macht. Untendurch haben wir seit Jahren bei der SBB null Chancen. Wenn man dort untendurch will, dann braucht es eine Bewilligung vom Bundesamt für Verkehr = Dauer zwei Jahre. Wenn die Bewilligung da ist, für die Gleissperre = Dauer zwei Jahre. Macht de facto vier Jahre. Das hängt alles mit den Bewilligungen zusammen und wir haben das auf ein realistisches Mass eingetragen. Deshalb bitte ich euch, den Antrag abzulehnen. Er entspricht einfach nicht der Tatsache.

Abstimmung über den Antrag von Billie Grether

Antrag der U/G, Billie Grether, im AF 14 beim Plan: Ausbau der Unterführung Fröschmatt bis 2024 (statt 2026) abzuändern:

://: Der Antrag wird mit 21 Nein-Stimmen zu 12 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

15 Wasserversorgung

16 Abwasserbeseitigung

17 Abfallbewirtschaftung

18 Landschaftspflege, Umweltschutz und Energie

Keine Wortmeldungen

19 Räumliche Entwicklung und Baugesuche

Paul Dalcher: Ich komme zu den wichtigen Projekten, welche auf Seite 59 stehen. Ich picke heraus Entwicklung Zentrale, Entwicklung Bredella und Entwicklung HIAG-Areal. In den Projektbeschrieben der einzelnen Investoren gibt das im Endausbau Raum mit Wohnungen für 4'400 Personen. Das steht so in allen drei Beschrieben. Ich habe da sehr ernsthafte Zweifel, ob wir hier auf dem richtigen Weg sind. Dann für mich ist ganz klar und zeigt es immer wieder, auch in anderen Städten ist es so, dass nur Arbeitsplätze eine Nachfrage nach Wohnungen schaffen. Mit der Schaffung von Wohnraum auf Vorrat, ist es nämlich nicht getan. Wir müssen Räume für Firmen bereitstellen. Die Zentrums Lage und Nähe zum Bahnhof ist eben auch für Firmen attraktiv und nicht nur zum Wohnen. Aus diesem Grund drängt sich eine Neubeurteilung von Pratteln Mitte gerade auf und zwar vor allem seit wir wissen, was auf dem Areal gemacht werden soll. Das hat das Gesamtbild total verändert. Vorher hat man von Pratteln Mitte nur von der Zentrale und von Bredella geredet. Heute muss man das Ganze anschauen inklusive Areal HIAG. Die Transformation von Arbeitsplätzen heraus und Wohnungen hinein ist nämlich sehr gefährlich. Letztlich sägen wir an dem Ast, wo wir darauf sitzen. Gute Jobs an guter Lage sind eben auch wichtig. Der Bahnhof ist auch und insbesondere für Unternehmen sehr interessant. Erstklassige Arbeitszonen geben, erlaubt mir das zu sagen, zweitklassige

Wohnlagen, da kommt man doch automatisch zum Schluss, dass man das nicht machen und nicht Hand bieten sollte, gerade bei Pratteln Mitte auf dem Bredella-Areal. Ich möchte das jetzt schon festhalten und auch stipulieren, dass man nochmals neu beurteilt, was auf Pratteln Mitte passieren soll.

GR Philipp Schoch: Danke für die Möglichkeit heute Abend etwas zu diesen Projekten sagen zu dürfen. Das war eigentlich für den Donnerstag geplant. Somit lade ich sie auch ganz herzlich ein, am Donnerstagabend um sechs Uhr in das Bredella-Areal zu kommen. Wir starten dort mit einem Rundgang auf dem Areal, damit man das einmal von innen sieht und dann um 19 Uhr mit der offiziellen öffentlichen Mitwirkungsveranstaltung zum Thema Bredella. Da kann sich jede und jeder einbringen. Paul Dalcher hat gesagt, die Projekte werden nur mit Wohnungen realisiert. Das stimmt so nicht. Wir haben bei der HIAG und bei der Zentrale relativ grosse Gewerberiegel, welche die Wohngebäude von der Bahnlinie abtrennen. Man kann aus Sicherheitsgründen nicht direkt an der Bahn Wohnraum bauen. Darum braucht es bei beiden Projekten Zentrale und HIAG die grossen Gewerberiegel. Das sind nicht nur ein paar Büros. Das sind riesige Flächen, welche dort realisiert werden. Bei Bredella ist ein grosses Hochhaus am Nordausgang vom Bahnhof geplant. Auch dort wird es Dienstleistung und Arbeitsplätze drinhaben. Die Entwicklung vom Bredella-Areal dauert etwa 20 Jahre. Das ist nicht etwas, wo man so macht (schnippt mit den Fingern), es entsteht und dann sind die Leute hier. Es ist eine langsame Entwicklung. Der ganze Ostteil von Bredella wird längerfristig in der Zeitachse sein. Dort möchten die Investoren von Bredella mehr Gewerbe einbringen und weniger Wohnen. Also wird eigentlich allem schon Rechnung getragen was Paul Dalcher angemerkt hat. Schwierig ist es, wenn wir keine Planungssicherheit haben in Pratteln. Wir können nicht einmal Hüst und einmal Hot sagen, das funktioniert nicht. Wir brauchen Planungssicherheit, wir brauchen Partizipation und genau das möchten wir zusammen mit der Bevölkerung am Donnerstag machen. Noch einen Punkt zu den Arbeitsplätzen: Wir haben in Pratteln am zweitmeisten Arbeitsplätze von allen Gemeinden im Baselbiet, nur Liestal hat noch mehr. Wir haben 15'000 Arbeitsplätze in Pratteln und ein bisschen mehr Einwohner. Also wir haben schon viele Arbeitsplätze, wir werden auch die Arbeitsplätze weiterentwickeln. Wir werden noch mehr Arbeitsplätze ansiedeln und es wird gemischte Nutzungen geben auf all diesen Arealen, die wir jetzt planen.

Fortsetzung der Lesung

20 Wirtschaft

21 Steuern

22 Finanz- und Lastenausgleich

23 Vermögens- und Schuldenverwaltung

Keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung

Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 (AFP)

1. Genehmigung Investitionsrechnung 2023

://: Die Investitionsrechnung wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. Festsetzung der Steuerfüsse für das Jahr 2023

Der Rat beschliesst mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: 2.1 Die Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen wird auf 58.5 % des Staatssteuerbetrages festgesetzt (unverändert).

Der Rat beschliesst mit 36 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme:

://: 2.2 Die Ertrags- und Kapitalsteuer sowie der Sondersatz für ehemalige Statusgesellschaften wird neu auf 55% des Staatssteuerbetrages festgesetzt (neu, bisher Steuersatz auf steuerbarem Ertrag und Kapital)

3. Feuerwehrrpflichtersatz

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 10 % des Gemeindesteuerbetrages, mindestens aber CHF 60.00 (unverändert).

4. Wasserbezugsgebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Wasserbezugsgebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

5. Abwassergebühren

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Auf den Abwassergebühren wird ein Rabatt von 20 % gewährt (unverändert).

6. Festsetzung Hauskehricht-, Sperrgut-, Container- und Grüngutgebühren

Der Rat beschliesst mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Die Gebühren werden wie folgt festgelegt:

Gebührensäcke, Sperrgutmarken und Containergebühren (inkl. MwSt. 7.7 %) unverändert.

a) Gebührensäcke nach Volumen (unverändert)

17 Liter, maximal 3 kg	CHF 1.00
35 Liter, maximal 6 kg	CHF 2.00
60 Liter, maximal 12 kg	CHF 4.00
110 Liter, maximal 18 kg	CHF 6.00

b) Gebührenmarken für Kleinsperrgut und Grobsperrgut als Einzelstücke oder verschnürte Bündel nach Gewicht (Kleinsperrgut bis 50 x 50 x 100 cm pro Stück, grösser gilt als Grobsperrgut)

pro 6 kg 1 Gebührenmarke CHF 2.00 (unverändert)

c) Container für Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetriebe nach Leerungen und Gewicht

pro Leerung CHF 13.50 (unverändert)

pro Kilogramm CHF 0.216 (unverändert)

d) Häckseldienst

Grundgebühr bis 5 Minuten	CHF 25.00 (unverändert)
Grundgebühr bis 10 Minuten	CHF 50.00 (unverändert)
ab 11. Minute (pro Minute)	CHF 4.00 (unverändert)
e) Container für Grüngut	
bis 140 Liter-Container	CHF 88.20 (bisher 76.00)
bis 240 Liter-Container	CHF 169.50 (bisher 146.00)
bis 770 Liter-Container	CHF 517.80 (bisher 446.00)

7. Teuerungsausgleich

Mauro Pavan: Es freut mich sehr zu hören, dass auch die FDP findet, dass das Personal nichts für den Aufwandüberschuss kann. Wenn dem so ist, verstehe ich die Schlussfolgerung nicht ganz, weil man das Personal wirklich nicht bestrafen sollte. Ein Teuerungsausgleich sollte genau das sein, was der Name auch vorgibt, nämlich einen Ausgleich der Teuerung und soll gewährleisten, dass die Kaufkraft nicht sinkt. Die Teuerung beträgt, wenn man alles z. B. auch die Krankenkassenprämien berücksichtigt, 3,3%. Also, im Minimum diesen Ausgleich zu gewährleisten, kommt einer Reallohnsenkung gleich. Wenn wir das unseren Angestellten, welche gute Arbeit leisten, erklären wollen, dann weiss ich wirklich nicht genau wie. Die Gemeinde Pratteln leidet nicht gerade unbedingt an einem Mangel an Fluktuation und wenn wir als Arbeitgeber attraktiv bleiben wollen, das ist auch eines von den Legislaturzielen, dann können wir es uns nicht leisten, wenigstens eine kalte Lohnsenkung zu verhindern. Darum beantrage ich, dass der Teuerungsausgleich 3,3% beträgt.

Dieter Stohler: Das Stimmverhalten von unserer Fraktion ist klar, wir werden den Antrag ablehnen. Der Antrag von 3,3% ist wirklich sensationell. Also, wenn das eine Mehrheit hier drin findet, dann ist Pratteln tatsächlich in den Schlagzeilen. Einsame Spitze! Der Bund bezahlt 2,5%, viel grössere Unternehmen 2%. Also mit 2% ist unser Personal nicht bestraft. Wir können jetzt noch lange streiten, über Sinn und Zweck. Bei unserer derzeitigen Finanzlage danken wir für die Ablehnung dieses Antrages.

GR Christine Gogel: Ich mache noch ein paar Erläuterungen zur Teuerung und vor allem zum Ausgleich für das Personal. Ich möchte auch in einem kurzen Abriss aufzeigen, wie das vor sich gegangen ist und was es für eine Auswirkung auf unser Budget hat. Die Teuerung wird immer rückwirkend im September auf das Jahr zurück berechnet. Bei der ersten Lesung des Budget hatten wir von der Personalkommission einen Antrag auf 1% Teuerung. Das war ein sehr anständiger Vorschlag der Personalkommission. Wir haben uns darüber ein bisschen gewundert. Sie haben sich wahrscheinlich gar nicht getraut, hier mehr zu verlangen. Jedenfalls haben wir dann die erste Lesung mit 1% abgeschlossen. Wenn ihr jetzt meinen Ausführungen folgen wollt: 1% kostet über den Daumen die Gemeinde Pratteln CHF 150'000. Wir müssen die Lehrer «mitziehen», das habe ich eingangs schon erwähnt. Das beschliesst der Landrat. Egal wie hoch der Landrat beschliesst, müssen wir das übernehmen. Das kann zu einer Situation führen, dass sie hier drin einen Ausgleich X beschliessen und die Lehrpersonen der Primarstufe Pratteln einen anderen haben. Dieses Jahr haben wir Glück. Normalerweise macht der Landrat den Beschluss nach unserer Budgetsitzung. Diesen Beschluss haben sie jetzt aber vorgezogen, es sind 2,5%. Am 26. September 2022, vor der zweiten Lesung, ist von der Personalkommission ein Rektifikat eingegangen. Sie hätten das noch einmal analysiert. Die Lage sei halt doch ein bisschen anders und sie beantragen jetzt 2,5%. Wir haben dann beraten und trotz der schwierigen Lage uns darauf geeinigt, 2% ins Budget einzustellen. Das ganze Budget ist also jetzt bei 2% für die Verwaltung kalkuliert und 2% für die Lehrpersonen. Darauf kommen jetzt aber 0,5%, also die Hälfte von rund CHF 150'000, noch hinzu, weil der Landrat den Lehrpersonen 2,5% gibt. Das sind also nochmals CHF 75'000 auf unseren Aufwandüberschuss obendrauf. Wenn wir jetzt die 3,3% noch ausgleichen würden: 2% haben wir eingestellt. 1,3% mehr für die Verwaltung wären nochmals CHF 195'000. Also CHF 195'000 zusätzliche Kosten Verwaltung plus CHF 75'000 für die Lehrpersonen. Dann hätten wir einen Aufwandüberschuss von CHF 4,839 Millionen. Vielleicht kann das Philippe Doppler noch schnell verifizieren. Als

Finanzchefin bin ich verpflichtet euch mitzuteilen, was das auslöst, was wir jetzt so auf dem Tisch haben. Ich hoffe, ihr habt es verstanden.

Mauro Pavan: Im Kanton Baselland wird die Teuerung über die letzten zwei Jahre gerechnet, im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen. Ich weiss nicht, ob das in Pratteln anders ist als im Kanton. Ich fände es schön, wenn Pratteln einmal in den Schlagzeilen wäre mit so einer Meldung. Wir waren schweizweit schon wegen wesentlich unrühmlicheren Angelegenheiten in den Schlagzeilen. Darum wäre es schön, einmal in den Schlagzeilen zu sein, weil wir sozial sind, weil wir einen Teuerungsausgleich gewähren, welcher tatsächlich die Teuerung abbildet. Wenn der Bund und Kanton 2,5% gewähren, verstehe ich wirklich nicht ganz, wie ausgerechnet wir sagen können, wir gewähren nicht einmal das. Wir reden davon, das Personal nicht zu bestrafen und dann argumentieren wir mit der Finanzlage. Die Finanzlage kann doch nicht ausschlaggebend sein. Das ist genau eine Bestrafung des Personals, wenn wir eine Reallohnsenkung machen, wo ein Teuerungsausgleich gewährt wird, welcher nicht wenigstens die Teuerung abbildet. Das ist absurd.

Kurt Lanz: Mauro Pavan hat mehr oder weniger alles gesagt, er hat auch gesagt, was die Teuerung für uns bedeutet. Man versucht, keinen Kaufverlust zu haben und so abwägend ist der Vorschlag von Mauro Pavan nicht. Da hat es schon andere Schlagzeilen gegeben dieses Jahr. In der NZZ wurde geschrieben, dass der Kanton Zürich 3.5% Teuerung gewährt und da sind wir mit 3,3% ja nicht darüber. Wir sind ja eher noch darunter und Mauro Pavan hat erklärt, was alles zu dieser Teuerung dazugehört.

Sebastian Enders: In der RPK haben wir lange über dieses Thema diskutiert. Wir haben uns mit der grossen Mehrheit dazu durchgerungen oder geeinigt, dass man die 2% spricht. Ich hatte einen Minderheitsantrag gemacht auf 1% und das wäre ja z. B. auch sozial, wenn man sagen würde, man steht ein bisschen zusammen und sagt, man belastet die Steuerzahler, welche die Teuerung auch mittragen, nicht noch mehr. Wir von der SVP werden den Antrag mit 3,3% Teuerungsausgleich nicht unterstützen.

Abstimmung zum Antrag von Mauro Pavan zum Teuerungsausgleich

://: Es wird eine Teuerungszulage von 3.3% gewährt:

Gegenüberstellung der Anträge **Gemeinderat – Antrag SP, Mauro Pavan:**

Antrag Gemeinderat	Antrag SP, Mauro Pavan	Enthaltungen
://: Es wird eine Teuerungszulage von 2% gewährt.	://: Es wird eine Teuerungszulage von 3.3% gewährt	
23 Ja-Stimmen	12 Ja-Stimmen	2 Enthaltungen

Mauro Pavan: In diesem Fall muss ich einen neuen Antrag stellen und ich bin ein bisschen irritiert, dass nicht wenigstens das von einer anderen Seite gekommen ist. Wenn wir schon sagen, wir möchten nicht oben ausschwingen, dann müsste man wenigstens das gewähren, was der Kanton gewährt und was der Bund auch gewährt und deshalb stelle ich den Antrag auf 2.5% Teuerungsausgleich, so dass man die Angestellten der Verwaltung nicht schlechter stellt als die Lehrpersonen. Wir haben vorhin gehört, die 2.5% müssen wir dort gewähren.

Dieter Stohler: Ich bin jetzt nicht hervorgekommen um zu sagen, dass man den Antrag ablehnen soll, sondern um zu sagen, dass ich der Meinung bin, das geht gar nicht. Der Antrag hätte vorher so eingereicht werden müssen. Du hast 3,3% verlangt und bist unterlegen. Jetzt ist das

erledigt. Allenfalls fehlt noch eine Schlussabstimmung, aber die beiden Anträge sind gegenübergestellt worden. Das ist zu spät.

Kurt Lanz: Also wie immer das Ganze geregelt wird, bevor das Geschäft abgeschlossen ist, könnte ich dann auch einen Rückkommensantrag stellen und dann wären wir wieder am gleichen Ort und darum denke ich, wir stimmen jetzt darüber ab und ersparen uns ein Rückkommen.

Josef Bachmann: Votum wurde gelöscht.

Jasmine Bosshard: Das Büro möchte sich gerne schnell fünf Minuten beraten.

Jasmine Bosshard: Entschuldigung für die Aufregung wir können leider auch nicht alle das Reglement auswendig. Wir sind zum Schluss gekommen, dass solange das Geschäft nicht abgeschlossen ist, kein Rückkommensantrag notwendig ist. Es kann jederzeit ein neuer Antrag gestellt werden. Somit würden wir den zweiten Antrag von Mauro Pavan dem ursprünglichen Antrag des Gemeinderats gegenüberstellen.

Abstimmung über den 2. Antrag von Mauro Pavan zum Teuerungsausgleich

Gegenüberstellung der Anträge **Gemeinderat – Antrag SP, Mauro Pavan:**

Antrag Gemeinderat	Antrag SP, Mauro Pavan	Enthaltungen
://: Es wird eine Teuerungszulage von 2% gewährt.	://: Es wird eine Teuerungszulage von 2.5% gewährt	
20 Ja-Stimmen	16 Ja-Stimmen	1 Enthaltung

Schlussabstimmung über den obsiegenden Antrag

Der Rat beschliesst mit 30 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen:

://: Es wird eine Teuerungszulage von 2% gewährt.

8. Genehmigung Budget 2022

Mauro Pavan: Das, was sich der Einwohnerrat Pratteln hier gerade leistet, ist unter aller Sau. Darum kann ich dem Budget so ganz sicher nicht zustimmen. Ich bitte euch, das Budget abzulehnen. Man muss noch einmal über die Bücher gehen.

GR Christine Gogel: Ich möchte klar davor warnen, das Budget zurückzuweisen wegen dem Punkt Teuerungsausgleich, wo jetzt nicht so zustande gekommen ist. Wir haben eine Demokratie. Es ist nicht nach jedermanns Geschmack. Wenn wir das Budget nicht verabschieden heute Abend, hat dies sehr weitreichende Folgen. Wenn das Budget nicht genehmigt ist, dann dürfen im Januar nur die gebundenen Positionen ausgegeben werden und das wird sehr schwierig für die Verwaltung, dann überhaupt zu wirtschaften. Punkt 2: Der Gemeinderat ist angehalten, unter Hochdruck ein neues Budget zu bringen. Klar, es geht nur um den Punkt Teuerungsausgleich aber nichts desto trotz, ist das eine sehr unangenehme Situation und es gehen dann doch ein paar Wochen ins Land, bis wir darüber befinden. Das Budget wird von der RPK und dem Gemeinderat gestützt. Sie haben beide sehr hart diskutiert bei diesem Punkt und hat so eine Mehrheit gefunden. Ich danke allen, wenn ihr der RPK und dem Gemeinderat folgt.

Der Rat beschliesst mit 34 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen:

://: Das Budget für das Jahr 2023 wird mit einem Aufwandüberschuss von CHF 4'839'600 genehmigt.

9. Kenntnisnahme Finanzpläne

://: Die im Aufgaben- und Finanzplan 2023 – 2027 integrierten Finanzpläne werden zur Kenntnis genommen.

10. Genehmigung Einwohnerrat

://: Die Beschlussanträge des Gemeinderates zum Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 werden mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen am 12.12. 2022 durch den Einwohnerrat genehmigt.

2. Nr. 3358

Planungspostulat, parteilos, Paul Dalcher, Optimierung des Gebietes Pratteln Nord durch Verlegung der Kläranlage ARA aus dem Gemeindegebiet sowie durch Mutierung bisher Zone OeWA in neu Zone für Industrie

Stephan Burgunder: Der Gemeinderat verfolgt das Ziel, die Flächen in der Rheinebene und die öffentliche Infrastruktureffizienz zu nutzen. Aus diesem Grund befürwortet der Gemeinderat die Verlagerung der Abwasserreinigungsanlage vom bisherigen Standort in Pratteln an den Standort Schweizerhalle für Industrieabwasser und für das Siedlungsabwasser nach Birsfelden. So könnte tatsächlich die heutige OeWA-Zone als Gewerbegebiet oder Mischgebiet genutzt werden. Die Entwicklung der heutigen ARA liegt aber nicht in der Hand der Gemeinde. Die Grundeigentümerin dieser Parzelle ist der Kanton. Er muss mit der Umnutzung dann auch einverstanden sein. Der Kanton prüft aktuell die Voraussetzungen für die Umsiedlung der ARA an einen anderen Ort. Die Gemeinde selber hat das Fachwissen nicht.

Die ARA wird vom Kanton betrieben. Eine Reinigung der Siedlungsabwässer in Birsfelden muss ebenfalls durch den Kanton in die Wege geleitet werden. Der Kanton ist auch daran, die Voraussetzung zu prüfen, ob man das machen kann. Die bestehende Industrieabwasserreinigungsanlage wird privat von der Firma Getec betrieben. Beteiligt sind dort verschiedene Firmen, welche auch mit dem Vorgehen einverstanden sein müssen. Und schlussendlich ist es dann eben auch noch eine finanzielle Frage. Ohne dass diese Punkte geregelt sind, kann die OeWA-Zone nicht umgenutzt werden. Der Kanton verfolgt aktuell das Anliegen weiter, nimmt die notwendigen Abklärungen vor und plant für nächstes Jahr eine Landratsvorlage. Wir bringen uns entsprechend beim Kanton ein, sind aber weder Betreiber noch Eigentümer von dieser Parzelle. Darum sind uns diesbezüglich die Hände gebunden. Der Gemeinderat beantragt darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Paul Dalcher: Ich danke dem Gemeindepräsidenten ganz herzlich für seine Ausführungen. Aufgrund dessen, was er gesagt hat und auch aufgrund der Rechtslagezuständigkeit bin ich sehr froh, dass es in diese Richtung laufen könnte. Ich bin jetzt überzeugt, dass es in Angriff genommen wird und habe das Vertrauen in die Behörden von Pratteln und letztlich dem Kanton, dass es dort wirklich vorwärts geht und dass es nicht nur ein reines Lippenbekenntnis ist. In diesem Sinn ist das Postulat obsolet und ich ziehe es zurück.

://: Das Planungspostulat wird vom Postulanten zurückgezogen.

3. Nr. 3362

Zwischenbericht EK-Überprüfung der Legislaturziele 2021- 2024

Andreas Seiler: Der Bericht der Entwicklungskommission zu den Legislaturzielen 2021 bis 2024 liegt vor ihnen. Schon am Ende der Erstellung der Legislaturziele hat die Entwicklungskommission festgestellt, dass eine Überprüfung im zweiten Jahr der Legislatur, das wäre letzten Sommer zu Ende gegangen, keinen Sinn macht, weil erst ab Januar ein AFP in Kraft ist, wo die neuen Legislaturziele berücksichtigt worden wären. Wir haben uns darum entschlossen, die erste Überprüfung im zweiten Semester 2022 durchzuführen. Zu diesem Zweck hat es eine Sitzung der Entwicklungskommission mit dem Gemeindeverwalter im Juni 2022 gegeben. Wir haben dort das Vorgehen für die Überprüfung besprochen und uns Gedanken gemacht, wie das in dieser Legislatur stattfinden soll. Bei der Überprüfung vom letzten Jahr waren diverse Leute unzufrieden und war zum Teil auch eine emotionale Angelegenheit. Zusätzlich war es ein Anliegen der Entwicklungskommission, eine speditive und effiziente Überprüfung durchzuführen.

Die Entwicklungskommission hat sich dann entschlossen dem Gemeinderat vorzuschlagen, die Überprüfung dieses Mal in zwei Schritten zu machen. In einem ersten Schritt soll der Gemeinderat als Exekutivbehörde einen Bericht verfassen zuhanden der EK und seine Position bezüglich, mit welchen Massnahmen er welche Legislaturziele umgesetzt hat, darlegen. Der Bericht hat die EK besprochen und wurde auch den Fraktionen zur Vernehmlassung gegeben. Entsprechende Fragen sind eingegangen, welche wir dem Gemeinderat weitergegeben haben. Die Antworten des Gemeinderates sind noch einmal in der EK besprochen worden und es gab auch eine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat und der EK. Gemäss reglementarischem Auftrag sollten wir ja die Überprüfung zusammen machen. Nicht alle Beteiligten haben den Prozess für produktiv empfunden, das muss ich leider sagen. Das kann man nicht ganz verstecken.

Der Bericht der Entwicklungskommission ist bezüglich der einzelnen Legislaturzielen eine Ergänzung zum Bericht des Gemeinderats. Zum Bericht des Gemeinderates haben wir nur dort etwas angemerkt, was der Gemeinderat nicht abgedeckt hat. Bei mehreren Punkten kam der Wunsch von der EK, dass mehr gemacht wird. Gleichzeitig wurde aber in der EK diskutiert, dass die finanziellen und personellen Möglichkeiten der Gemeinde berücksichtigt werden müssen und wir nicht immer alles so machen können, wie sich das die einzelnen EK-Mitglieder oder die einzelnen Fraktionen gewünscht haben. Spezielle Punkte, welche da erwähnt wurden, sind der Langsamverkehr, die Frühe Förderung und Tagesstrukturen. Das haben wir in unserem Bericht so dargelegt als Ergänzung zu den Aussagen des Gemeinderats. Gemäss dem Reglement nimmt der Einwohnerrat den Bericht zur Kenntnis. So ist auch unser Beschlussantrag. Wenn es zusätzliche Fragen zu unserem Bericht oder Überprüfung gibt, stehe ich als EK-Präsident natürlich gerne zur Verfügung.

Silvio Fareri: Die Fraktion FDP-Die Mitte dankt dem Gemeinderat, der Verwaltung und der Entwicklungskommission für die Erarbeitung von diesem Bericht beziehungsweise für die Beantwortung der Fragen. Die Fraktion ist grundsätzlich der Ansicht, die Kommission hat ihre Aufgaben gemacht, aber der Bericht bringt nach unserer Auffassung keinerlei Mehrwert. Der Antrag 5b des EK-Berichts lautet darum auch zur Kenntnisnahme. Das ist das schwächste Mittel, Empfehlungen des Einwohnerrats werden keine ausgesprochen. Ich habe darum Bedauern mit dem Gemeinderat, weil er auch beim nächsten Bericht die Erwartungen nicht erfüllen kann. Wie auch? Gewisse Aussagen der EK sind nicht prüfbar. Erkenntnisse und Massnahmen sind in qualitativer beziehungsweise quantitativer Form daraus heraus nicht ableitbar. Die Aufgabe der EK ist darum unseres Erachtens nicht ganz klar. Was war dann die Absicht in der letzten Legislatur bei der Schaffung von dieser Kommission? Wir sind der Auffassung, dass Doppelspurigkeiten zwischen der EK und der GPK sicherlich nicht die Idee war. Die Fraktion FDP-Die Mitte regt darum an, dass man die Fragen bei der Revision vom Geschäftsreglement des Einwohnerrats noch einmal eingehend diskutiert. Grundsätzlich stimmen wir den Anträgen im Bericht dennoch zu.

://: A: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht des Gemeinderats «Legislaturziele und Massnahmen 2021-2024 - Überprüfung 2. Semester 2022» zur Kenntnis.

://: B: Der Einwohnerrat nimmt den Bericht der Entwicklungskommission «Legislaturziele 2021-2024, Überprüfung 2. Semester 2022» zur Kenntnis.

4. Nr. 511

Fragestunde

GR Stefan Löw: *Frage 1: Ist der Gemeinde diese gefährliche Situation bekannt?* Es geht um die Signete, welche auf dieser Strasse angebracht wurden. Bis jetzt sind keine Meldungen bei der Gemeindeverwaltung oder dem Gemeinderat eingegangen. Die Motive wurden gemäss den vorgegebenen Vorschriften für Markierungen, wie z. B. bei den Velowegen die rote Farbe, aufgespritzt. Sie sind konform und sollten nicht speziell rutschig sein.

Bei nassen Schachtdeckeln, wo sich Wasser sammelt, sollte man auch eher ein bisschen vorsichtig sein. Wenn es nass ist, muss man auf der Strasse immer sehr bewusst fahren damit nichts passiert.

Frage 2: Sollen die aufgemalten Schwingerhosen etc. dauerhaft bleiben oder ist es vorgesehen, diese durch neutralere weniger rutschige Motive zu ersetzen? Wie gesagt, die Motive sind wirklich fest verankert mit dem Untergrund, diese können nicht einfach weggekratzt werden. Die Motive werden ca. 4 - 5 Jahre sichtbar bleiben. Danach werden diese sich laufend ablösen, dies braucht aber eine gewisse Zeit.

Frage 3: Gibt es Möglichkeiten, die aufgemalten Motive aufzurauen und so rutschfester zu machen? Ja, es gäbe vielleicht eine Möglichkeit, sie rauer zu machen mit irgendeinem Körnchensand oder ein spezielles Material aufbringen, welches sich dann verbindet.

Aber es löst sich eben auch wieder sehr, sehr schnell ab und es ist dann nicht einmal gesagt, ob es besser wird. Es ist dann gleich wie vorher wenn nicht vielleicht noch negativer. Wir raten ab, dies zu tun. Die einzige Möglichkeit wäre, die Sujets maschinell abzuhebeln, aber wir sehen keine Notwendigkeit. Wir bewegen uns dort in einer 20er-Zone. Es ist eine Begegnungszone und wenn sie dort wirklich auch mit einem Elektrovélo mit 20 km/h fahren, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich schwer verletzen können sehr gering. Wir hoffen, dass sich die Velofahrer vermehrt auch an die Geschwindigkeitsreduktion halten, dass sie in einer 20er-Zone auch 20 km/h fahren, in einer 30er auch noch 30 km/h fahren. Und bei 50 können sie je nach Velo auch 25 bis 45 km/h fahren.

Rahel Graf: Wird jetzt in Erwägung gezogen, dass die Sujets weniger rutschig gemacht werden oder nicht? Dann muss ich dies auf anderem Wege beantragen.

Die Frage ist beantwortet.

Jasmine Bosshard: Somit wären wir am Ende dieser Einwohnerratssitzung. Wie am Anfang schon erwähnt, gibt es jetzt noch ein Essen. Für das bitte ich euch alle, nachher jeweils die zwei Tischreihen zusammenzuschieben, die Stühle in der Mitte herauszunehmen auf der anderen Seite hinstellen. Das gleiche auf der anderen Seite. Die Weihnachtssterne dürft ihr alle als Geschenk mit nach Hause nehmen. Bitte beachtet, dass sie nicht für das kalte Wetter gemacht sind. Wickelt sie in einen Schal oder in eine Kappe oder schützt sie sonstwie vor der Kälte.

Das nächste Mal sehen wir uns am 6. Februar 2023 wieder. Ich wünsche euch allen schöne und erholsame Festtage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Geschäfte Nr. 3359, 3360, 3361, 3287, 3304, 3302 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 21.19 Uhr beendet.

Pratteln, 09. Januar 2023

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Die Präsidentin

Das Einwohnerratssekretariat

Jasmine Bosshard

Ulrike Schmid